

KINDER- UND JUGENDHILFE

Wenn die Krisenpflege in der Krise steckt

In Wien mangelt es massiv an Krisenpflege- und Pflegeeltern. Die Folge: Säuglinge müssen in Krankenhäusern versorgt werden, und Mitarbeiterinnen betreuen Babys bei sich zu Hause

Birgit Wittstock

2. Oktober 2025, 05:00

143 Postings

Später lesen



Die Wiener Kinder- und Jugendhilfe leidet seit Jahren an schwerem Ressourcenmangel. Aktuell ist auch die Krisenpflege betroffen.

Collage: Der Standard/Köstinger

Der erste Hinweis kam Anfang Juli. Die Krisenpflege für Kinder unter drei Jahren sei sehr angespannt, hieß es in einer Nachricht an den STANDARD. Man könne bei der Wiener Kinder- und Jugendhilfe (MA 11) aus diesem Grund teilweise Kinder, die zur Gefährdungsabklärung abgenommen wurden, nicht bei Krisenpflegeeltern unterbringen. "Ich selbst habe gerade Kinder nicht untergebracht, wegen der Systemmängel. Teilweise warten Kinder Stunden bei uns im Büro, bis Krisenplätze organisiert sind", schrieb die Person, die hier anonym bleiben soll, weil sie selbst bei der MA 11 arbeitet. Auch lägen einige Babys in Krankenhäusern, weil keine Krisenpflegeplätze vorhanden seien. "Mittlerweile dürfen wir auch Kinder mit nach Hause nehmen."

In Krisen braucht es kreative Lösungen. Es braucht Flexibilität und das berühmte Out-of-the-box-Denken. Was es aber auch braucht: Stabilität und gefestigte Strukturen. Vor allem, wenn der Staat ein Kind in Obsorge nimmt, weil es in seiner Herkunftsfamilie gefährdet ist. Diese sogenannte Fremdunterbringung eines Kindes ist ein Eingriff in das Recht auf Achtung des Familien- und Privatlebens sowohl der Eltern als auch des Kindes und somit ein Eingriff in ein Grundrecht. In manchen Fällen führt kein Weg daran vorbei – im Vorjahr war das in Wien bei 615 Kindern der Fall.

Chronischer Ressourcenmangel

Wenn der Staat also Kinder in Obsorge nimmt, dann will man erwarten können, dass er dies verantwortungsvoll tut und das Kind aus der Krise in ein stabiles Umfeld holt. Dass das aber nicht immer gewährleistet ist, kritisieren Experten und Expertinnen schon seit Jahren – sei es in Berichten des Wiener Stadtrechnungshofs, durch den Dachverband österreichischer Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen, Personalvertreter, die Kinder- und Jugendanwaltschaft und die

Volksanwaltschaft oder Expertinnen und Experten in der und im Nahfeld der Kinder- und Jugendhilfe. Gründe dafür seien der chronische Mangel an Ressourcen, qualifiziertem Personal und die Überbelegung in vielen Einrichtungen, DER STANDARD **berichtete** [<https://www.derstandard.at/story/3000000274815/steckt-die-kinder-und-jugendhilfe-in-der-krise>].

Doch so eng, dass selbst bei Säuglingen und Kleinkindern das Prozedere gemäß den MA-11-Richtlinien ins Stottern kommt, war es dem Vernehmen nach noch nie. Die Richtlinien sehen vor, dass Null- bis Dreijährige für maximal sechs bis acht Wochen bei Krisenpflegeeltern unterkommen, während abgeklärt wird, wie es mit den Kindern weitergeht – ob sie entweder zurück zur Familie oder – zur langfristigen Unterbringung – zu einer Pflegefamilie übersiedeln.

Das System ist aufgrund der permanenten Überlastung an seinen Grenzen angelangt: Weil es an so gut wie allem fehlt – sowohl an temporären Krisenpflegeeltern, als auch an Pflegeeltern, ist die Versorgungskette kollabiert. "Längst abgeklärte Kinder, für die keine passenden Pflegeeltern gefunden werden können, müssen länger als die vorgesehenen sechs bis acht Wochen bei den Krisenpflegeeltern bleiben und okkupieren somit die ohnehin schon viel zu wenigen Krisenpflegeplätze", hört man, wenn man sich unter MA-11-Mitarbeiterinnen und -mitarbeitern umhört. Die scheinbar rettende Idee: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der MA 11 sollten kurzfristig die Lücke füllen und als Krisenpflegeeltern einspringen. Der rechtliche Rahmen wurde kurzerhand geschaffen, und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgerufen, sich zu melden. Für die Einsatzzeit galt: bezahlter Sonderurlaub plus Krisenpflegegeld. Zusätzlich schafft die Stadt gerade Wohngemeinschaften für Null- bis Dreijährige.

"Kreative Notmaßnahmen"

Zwar ist das Konzept, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendhilfe vorübergehend mit der Krisenpflege zu beauftragen, keine Wiener Erfindung. Auch andernorts steckt die Kinder- und Jugendhilfe aufgrund von permanenter Überlastung und Pflegeelternmangel in der Krise: So zitierte *Der Spiegel* im Juni 2024 einen Oberbayrischen Landrat: "Die Situation war so ernst, dass wir schon beraten haben, wer von den Mitarbeiterinnen im Jugendamt eines der Kinder aufnehmen könnte" – in die Tat umgesetzt wurde die Idee jedoch nicht. Denn sie wirft sowohl jugendwohlfahrtspolitische als auch Fragen der Compliance und nach Gewinnvorteilen auf: Kann der Staat die Kinder, die er in seine Obhut nimmt, noch optimal betreuen? Warum werden MA-11-Mitarbeiterinnen besser gestellt als die speziell dafür ausgebildeten Krisenpflegeeltern? Und vor allem: Wie plant der Staat, mit der steigenden Zahl von hilfsbedürftigen Familien künftig umzugehen?

Wer Antworten auf diese Fragen sucht, wird sich schnell zu Besuch bei Ingrid Pöschmann, der freundlichen Stimme, mit der die MA 11 mit dem Außen spricht, wiederfinden. Der Magistrat hat seinen Sitz in einem rosafarbenen Gebäude im dritten Bezirk unweit des Kardinal-Nagl-Platzes. Hier sitzt auch Pöschmann, die Leiterin der Öffentlichkeitsarbeit, in ihrem kleinen Büro.

Sie nehme die Sorgen der Kolleginnen und Kollegen, die sich an den STANDARD gewandt haben, immer ernst, beginnt Pöschmann, die selbst aus der Sozialpädagogik kommt, das Gespräch. In diesem Fall, das merkt man, ist die kritikerprobte Pressesprecherin von den Vorwürfen überrascht: Die Idee, Kinder mit nach Hause zu nehmen, sei weder neu noch von oben angeordnet gewesen – sie sei von einer Mitarbeiterin gekommen. "Sie hat gefragt, ob bei Engpässen nicht MA-11-Mitarbeiterinnen Kinder temporär im Rahmen der Krisenpflege mit nach Hause nehmen können. Wir haben immer wieder Ideen der Basis aufgegriffen. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommen ja mit einem sozialen Idealismus und möchten sich für Kinder, für Familien einsetzen", erklärt Pöschmann.

Das Projekt sei von Anfang an ganz klar zeitlich begrenzt und aufgrund des Engpasses passiert und laufe nun im Herbst aus. "Die Kolleginnen und Kollegen, die hier eingesprungen sind – es waren insgesamt vier – haben das aus Idealismus und voller Freiwilligkeit getan. Es war eine absolute Notmaßnahme, um möglichst kindgerecht zu sein. Es ist nichts, was wir ausbauen oder implementieren wollen", sagt Pöschmann. Ein Compliance-Problem sieht sie nicht: "Was macht es für einen Unterschied, ob eine ausgebildete Sozialpädagogin das Kind bei sich zu Hause betreut, oder in einem

Wohnsetting der MA 11?"

Anpassung statt Ausbau

Anruf bei Julia Pollak, der Geschäftsführerin des Österreichischen Berufsverbands der Sozialen Arbeit (OBDS). Die diplomierte Sozialarbeiterin weiß eine ganze Menge Unterschiede zu nennen: "Dieses Vorgehen der MA 11 stimmt nicht mit professionsethischen Grundsätzen der Sozialen Arbeit überein, die unter anderem auch eine klare Trennung von Berufs- und Privatleben vorsehen, sowie persönliche materielle Vorteile oder Gewinne ausschließen." Letztere seien etwa durch die finanzielle Besserstellung der im Sonderurlaub krisenpflegenden MA-11-Mitarbeiterinnen gegenüber Krisenpflegeeltern gegeben.

Pollak sieht auch eine weitere Ungleichbehandlung: Krisenpflegeeltern werden durch eine spezielle Ausbildung auf die Aufgabe vorbereitet und müssen klar definierte Voraussetzungen erfüllen. "Bloß weil man Fachkraft ist und im Studium theoretisches Wissen erworben hat, hat man nicht automatisch auch praktisch die Kompetenzen, um ein traumatisiertes Baby zu versorgen." Man würde hier versuchen, strukturelle Mängel auf individueller Ebene zu lösen, indem Verantwortung auf Einzelpersonen übertragen wird.

Und strukturelle Mängel gibt es aktuell augenscheinlich in so gut wie allen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe. Zwar hat man seit 2020 das Gesamtbudget der MA 11 von rund 333 Millionen auf rund 487 Millionen Euro aufgestockt sowie 107 neue Dienstposten geschaffen, doch steigt nicht nur die Zahl der zu betreuenden Familien, sondern auch die Komplexität ihrer Lebenssituationen: "Aufgrund dieser Tatsache und des Bevölkerungswachstums sollte man hier nicht von einem Ausbau, sondern nur von einer Anpassung sprechen", erklärt Julia Pollak.

Keine politische Vision

Geht es um die fehlenden Ressourcen für die Kinder- und Jugendhilfe, ist die Politik zuständig. Sie entscheidet über Budget, Personal und den gesetzlichen Versorgungsauftrag. Fragt man also die verantwortliche Stadträtin Bettina Emmerling (Neos) nach den jüngsten Mängeln in der Krisenpflege und ihrer Zukunftsvision für die Wiener Kinder- und Jugendhilfe, so erhält man eine schriftliche Antwort aus ihrem Büro: Der Kinderschutz in Wien sei sichergestellt, wird darin versichert. Dass Mitarbeiterinnen der MA 11 als Lückenfüller Krisenpflegeaufgaben übernehmen, sieht man dort nicht nur als unproblematisch: "Dieses Projekt zeigt sehr schön, was die Kultur der MA 11 ausmacht: In schwierigen Zeiten halten Mitarbeiter*innen zusammen und finden gemeinsam Lösungen."

Was die Vision für den politischen Erziehungsauftrag der Kinder- und Jugendhilfe betrifft, antwortet das Büro der Stadträtin pragmatisch: "Das Hilfsangebot der MA 11 wird für die nächsten Jahre nicht nur abgesichert, sondern auch bedarfsgerecht ausgebaut."

Dem STANDARD liegt ein internes Dokument vor. Darin steht zum Punkt Budget: "Derzeit laufen kleinere Arbeitsgruppen in der MA 11, die Einsparungspotenziale sichten sollen." (Birgit Wittstock, 29.9.2025)

Mehr zum Thema:

[Krise in der MA 11: Personalvertreter sehen Kinderschutz in Gefahr](https://www.derstandard.at/story/3000000278097/krise-in-der-ma-11-personalvertreter-sehen-kinderschutz-in-gefahr) [https://www.derstandard.at/story/3000000278097/krise-in-der-ma-11-personalvertreter-sehen-kinderschutz-in-gefahr]

[Steckt die Kinder- und Jugendhilfe in der Krise?](https://www.derstandard.at/story/3000000274815/steckt-die-kinder-und-jugendhilfe-in-der-krise) [https://www.derstandard.at/story/3000000274815/steckt-die-kinder-und-jugendhilfe-in-der-krise]

[Warum versagt das System bei immer mehr Jugendlichen?](https://www.derstandard.at/story/3000000269898/warum-versagt-das-system-bei-immer-mehr-jugendlichen) [https://www.derstandard.at/story/3000000269898/warum-versagt-das-system-bei-immer-mehr-jugendlichen]

Der Fall Hanna S.: Wie Hilffsysteme an Systemsprengern scheitern [<https://www.derstandard.at/story/3000000229107/der-fall-hanna-s-wie-hilffsysteme-an-systemsprengern-scheitern>]

Ein Fünf-Punkte-Programm soll Kindern und Jugendlichen aus der Kriminalität helfen [<https://www.derstandard.at/story/3000000269385/ein-fuenf-punkte-programm-soll-kindern-und-jugendlichen-aus-der-kriminalitaet-helfen>]

Wie finden Sie den Artikel? 19 Reaktionen

3 

14 informativ

hilfreich

2 berührend

unterhaltsam

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2025

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.

Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.